

# Verwaltung brüskiert Quartiersnetz: alle Vorschläge abgeschmettert, keine Daten mehr!

---

Die Zeiten, als die Bürgerinitiative Quartiersnetz Buer-Ost auf Interesse und Wohlwollen bei der Stadtverwaltung und ihrer Spitze stieß, scheint vorbei. Früher wurde die Initiative der AG Verkehr unterstützt, wenn aus Verwaltungssicht nichts dagegen sprach. Da gab es mal einen Zebrastreifen oder einen Behindertenparkplatz. Jetzt wird jeder Vorschlag abgebügelt, wenn er nicht zwingend geboten ist. Ende 2019 vermeldete noch die Verwaltung stolz, dass 170 Hinweise aus den Stadtteilinitiativen eingegangen waren, zu denen es 158 Rückmeldungen der Verwaltung gab, von denen bereits 22 bis Jahresende umgesetzt würden. In einem halben Jahr konnte die Anzahl der Rückmeldungen von 55,6% auf 92%, die der umgesetzten Maßnahmen von 18,8% auf 26,5% erhöht werden. 2023 und 2024 gab es aus anderen Stadtteilen überhaupt keine Hinweise mehr, nur noch aus Buer-Ost durch unsere Arbeitsgruppe. Von diesen 13 Anregungen wurden 2 (teilweise) akzeptiert und 2 in Aussicht gestellt, dass sie berücksichtigt werden. In 9 Fällen wurden die Anliegen zurückgewiesen.

Wir spüren als Bürgerinnen und Bürger unseres Viertels eine besondere Verantwortung für unsere Nachbarschaft. Jedoch erschüttert der Umgang der Verwaltung mit uns unsere Engagementbereitschaft und trägt zur allseits beklagten Politikverdrossenheit exemplarisch bei. Die AG Verkehr bittet die Politik um Unterstützung, dass Quartiersengagement von Verwaltungsseite respektiert und wertgeschätzt wird und dass ihm die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dabei geht es z.B. um Verkehrsdaten, die durch die mobile Tempoanzeige gewonnen werden, die Rat und Bezirksvertretung dem Quartiersnetz zur Verfügung gestellt haben. Unsere Stadt kommt ohne das bürgerschaftliche Engagement nicht voran.

Zwei neue Fälle zeigen uns, dass unser bürgerschaftliches Engagement nicht mehr gewollt ist. Ist es Zufall, dass gleichzeitig vom Masterplan Mobilität keine Rede mehr ist?

## **Fall1: Geschwindigkeitsanzeige: Die Bürgerinitiative bekommt keine Daten mehr**

Auf dem Bezirksforum Nord im September 2019 erhielt die AG Verkehr im Quartiersnetz Buer-Ost eine Geschwindigkeitsanzeige. Seit Sommer2020 wurde sie an verschiedenen Standorten in Buer-Ost eingesetzt. Denn in der AG Verkehr war neben einer Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur immer die überhöhte Geschwindigkeit und die Belastung durch die Menge der Autos in den Wohnstraßen ein großes Thema. Mit der Geschwindigkeitsanzeige sollten die Autofahrerinnen und Autofahrer daran erinnert werden, dass sie sich in einer 30-er Zone bzw. in einem verkehrsberuhigten Bereich befinden und ihre Geschwindigkeit entsprechend anpassen. Außerdem wurde die Anzahl der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sowie deren Geschwindigkeit dokumentiert. Die Messdaten wurden der AG zur Verfügung gestellt, die sie auswertete und zur Grundlage nahm für verschiedene Anregungen.

2023 hatte das Quartiersnetz aus den bisherigen Messdaten einen Bürgerantrag in der Bezirksvertretung Nord eingebracht mit der Forderung, „die einzelnen durch die Messergebnisse aufgezeigten Problembereiche zu prüfen, Veränderungsmöglichkeiten zu identifizieren und in Angriff zu nehmen“. Die Politikerinnen und Politiker der Bezirksvertretung übernahmen in einem eigenen Beschluss Forderungen der Bürgerinitiative.

Dies hat die Verwaltung offensichtlich gestört. Denn seit letztem Jahr unterblieb plötzlich die Übermittlung der Daten. Was wir zunächst für ein technisches Problem hielten, erwies sich als ein politisches: Am 10.6. antwortete Oberbürgermeisterin Karin Welge auf ein Anschreiben vom April höchst selbst: „bitte ich um Verständnis, dass die Bereitstellung der Daten aus dem Dialogdisplay nicht mehr erfolgen wird“ und begründet: „Die bislang zur Verfügung gestellten Daten sind zur Identifizierung von Gefahrenstellen nicht nutzbar.“ Zuverlässige Daten gebe es nur über sogenannte Seitenradarmessgeräte (SDR). Die Ergebnisse der SDR Messungen würden jährlich einmal den Bezirksvertretungen und dem Verkehrsausschuss zur Verfügung gestellt. Bei solchen bisherigen Informationen bekamen die Bezirksvertretungen nur Durchschnittsgeschwindigkeiten mitgeteilt, die über die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten wenig aussagen. „Sofern weitere Informationen über die Ergebnisse der SDR-Messungen angefragt werden, sind diese jedoch gemäß § 11 IFG NRW [Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen] gebührenpflichtig.“ Nur differenzierte Daten sind aussagekräftig und sie waren bislang den Display-Messungen zu entnehmen, auch wenn sie vielleicht nicht 100%ig zuverlässig waren gegenüber den Seitendisplay-Messungen. Sollen sie nun von den Bürger/innen – vielleicht auch von den Bezirksvertretungen? – bezahlt werden?

## **Fall 2: Parken in der Holtwiesche**

Anders als überall sonst sind in der Holtwiesche einige Stellplätze nicht in das Bewohnerparken einbezogen und Längsparkflächen nicht so markiert, dass die Zufahrten frei bleiben. Zurzeit wird hier immer -auch wild- geparkt, da die Flächen nicht bewirtschaftet sind. Die AG Verkehr regte also an, diesen Missstand durch Markierungen und flächendeckendes Bewohnerparken zu beseitigen. Das lehnte die Verwaltung ab mit der unglaublichen Begründung: „Zur Sicherung des verfassungsgemäß garantierten Gemeingebrauchs an öffentlichen Straßen“ – dabei ist Parken genau kein Gemein-, sondern Privatgebrauch - muss auch innerhalb einer Bewohnerparkzone ein Mindestanteil des Parkraums zur allgemeinen Nutzung zur Verfügung stehen.“

Nun gibt es – zumindest in unserem Quartier – kaum eine Straße außer der Holtwiesche, in der es keine einheitliche Parkregelung gibt. Im Quartier Buer-Ost sind uns Gebiete nicht bekannt, die angeblich vorgehalten werden müssen, wohl aber Bereiche, die mit einer Parkscheibenregelung bewirtschaftet werden.